

Zeitung

Verandfünfstigster Jahrgang.

Tagelsgeld:

Die 9 gefaltene 24 mal breite Millimeterzeile über deren Raum 60 Pf., Familienanzahlungen 40 Pf., Resten die 92 mal breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Bezugsstellen in allen Postämtern u. sämtlichen Postgeschäften. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal, außer Schließungsfesttagen. Halle, Neue Dramenstraße 14. Dr. Deubnersstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 23 und Markt 24. Postfach-Rosno Leipzig Nr. 4000

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimaligen Zahlungen 6.00 Mark, vierteljährlich 16.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark. Ausland: Postzusatzgebühr. Die Abonnenten werden von allen Reichspostgebühren entlassen. Im Ausland: Zeitungserwerb unter Gewährleistung eingegangener Waren. Keine Rücksendung. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Halle-Zeitung: Dr. Grottel, Ferner der Schriftleitung Nr. 1346, der Jungfernstieg Nr. 141 u. s. 1.7411, der Zeitung-Abtg. Nr. 1133.

Nr. 300.

Halle, Mittwoch, den 30. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Genue Dummheit

Nunmehr liegt der offizielle Wortlaut der von der deutschen Friedensdelegation in Paris überreichten drei Entwürfsnotizen vor. Sie enthalten im wesentlichen das, was bereits auszusagen bekannt geworden ist, enthalten aber in ihrem Aufbau und in ihrer Begründung ein so auffallendes Bild politischer Kurzsichtigkeit und Verbohrtheit, daß es gut tut, noch mit einigen Worten darauf zurückzukommen. Zunächst vertritt der Ton viel der Annahme und des Polizeitages, sich unerschütterlich auf die Unmöglichkeit der Erfüllung der Forderungen der Realitäten, daß man Schwierigkeiten hat, die Richtigkeit der Notizen mit dem nötigen Ernst zu betrachten.

Die Notizen zerfallen in einen grundsätzlichen Teil, der sich auf die Einhaltung der Entschädigung bezieht. Der zweite Teil befaßt sich mit der Antwort auf die deutsche Note vom 4. Juni, die die Gestalt eines fähigen Heeres von 200 000 Mann zum Gegenstande hatte. Der dritte Teil endlich ist speziell dem Abbau der deutschen Luftstreitkräfte in Gemäßheit des Art. 193 ff. des Versailler Vertrages gewidmet. Soweit Form und Umriß.

Der Geist des neuen Komplexes reißt sich dem Geist sämtlicher aus dem Versailler Vertrage entspringenden Forderungen würdig an. Im einzelnen wird von uns kategorisch die entgeltliche Verabreichung des fähigen Heeres auf 100 000 Mann unter Ablehnung jeder Fristverlängerung, die Aufhebung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei, sowie endlich die Festsetzung des über den Rahmen des Erforberlichen hinausgehenden Kriegsmaterials gebietet. Die Notizen verurteilen dabei den Anspruch zu erheben, als ob diese Forderungen der Billigkeit entsprechen und den Verhältnissen Rechnung tragen. Demgegenüber muß wiederholt werden, daß die Schwächung der militärischen Sicherheit Deutschlands notwendigen bewaffneten Widerstand nicht in der Hand des Gegners, sondern in der Hand der Sieger liegt. Es ist richtig, daß sich der Inhalt der Notizen strikte an die Forderungen des Versailler Vertrages hält, sie lassen aber jedes Augenmaß bei dem Gehalt der Stunde vermissen. Als Ersatz für ein ausreichend starkes stehendes Heer, das nach sachverständigem Urteil mit 200 000 Mann gerade noch die Aufgabe der Sicherung im Reich durchführen kann, wird uns die Erhöhung der Ordnungspolizei um 70 000 Mann und der Gendarmen um 5000 Mann vorgeschlagen. Demgegenüber steht aber die Verminderung des Heeres um 100 000 Mann und die Abschaffung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei. Insgesamt sind uns somit zur Aufrechterhaltung der Ordnung 267 000 Mann zur Verfügung einschließlic der von dem öffentlichen Verordnungsamt für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigten 10 000 Mann. Wie der Reichswehrminister dem Vertreter des „Matin“, Herrn Jules Saureau, mitteilte, will er die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die Militären in letzter Stunde doch noch erweichen lassen und einsehen, daß für Deutschland bei dem schmelzenden Brand der bolschewistische Hecke und wirtschaftliche Notlage noch immer beunruhigende Arbeiterschaft die Durchsicht eines fähigen Heeres von 200 000 Mann das Existenzminimum darstellt. Demgegenüber sind die Zugeständnisse in Fragen der Ordnungspolizei nur von untergeordneter Bedeutung. Er geht mit Recht von dem Standpunkt aus, daß eine ausreichend bewaffnete, nach militärischen Gesichtspunkten disziplinierte Wehrmacht für unsere früheren Feinde auch nicht den Schatten einer Bedrohung darstellt, mögen sie allein die nötige Bürgerhaft für die ruhige Entwicklung des arbeitswilligen Deutschlands für die. Auch die Franzosen werden anerkennen, daß Herrn Wehler keine militärischen Infinites nachgelegt werden können und daß ihm die von den Bolschewisten und der Arbeiterverwaltung wohlmeinend verantwortlichen Vertreter der deutschen Wehrmacht keine hinterhältigen Absichten, die letzter noch immer befristet werden, untergeordnet werden dürfen. Genau sind sie innerlich davon überzeugt, daß der Reichswehrminister am besten wissen muß, welche Zahl von Truppen erforderlich ist, um absehbare von der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung die Grenzen Deutschlands gegen feindliche Geleite zu verteidigen. Jetzt erst geht wieder eine Welle der Unruhe über Deutschland hin, die Lebensmittelkrise, der Appell staatsfeindlicher Elemente an die Gewalt, wie er sich in der Rundgebung der Mandatgebenden und Kommunisten, den Generalfreiwirtschaft, die geheimen Konferenzen mit Walter Rapp in Berlin, die seine Kassekränkungen, denen daraus hin, daß über Nacht Brände ausbrechen können, die, soll Deutschland wirtschaftlich nicht hoffnungslos sturme gehen, im Reime erwidert werden dürfen. Wenn ein so erlehrter und aufrichtiger Mann wie Dr. Grottel sein Verbleiben im Amt von der Beibehaltung einer mobilen Sicherheitsstruppe von 200 000 Mann abhängig macht, so muß noch etwas daran sein. Nur verborgene Bestürmungen und Unklarheiten können unter diesen Umständen in der heutigen Nacht Deutschlands eine Gefahr für ihre Ziele erwidern, die im Gegensatz zu den letzten imperialistischen Kriegen sind. Es ist eine Dummheit, das nicht einsehen zu wollen, offensichtlich geht es nicht so recht, daß man langsam die Götter selbst kämpfen vergeblich drängen. Denn wenn dem so, dann würde damit, so paradox es auch klingen mag, die Erfüllung des Friedensvertrages in Frage gestellt, die nur da möglich ist, wo militärisch ausreichend gesicherte Ruhe und Ordnung gegen innere und äußere Einflüsse anrechenbar werden kann.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Am 11. Februar 1919 wurde Ebert von der Nationalversammlung in Weimar mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Von den 102 Stimmen, die nicht für ihn abgegeben wurden, waren 51 weis, von den anderen 51 galten 49 für den Grafen Potjomsky und je eine für Scheibemann und Erberger. Nach dem Geleit über die vorläufige Reichsgewalt sollte das Amt Eberts dauern, bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird. Das endgültige Geleit über die Wahl des Reichspräsidenten hat dann vorgeschrieben, daß der Tag der Wahl des Reichspräsidenten, der von allen Reichsstaatsbehörden gewählt wird, vom Reichstag bestimmt wird. Auf Grund dieser Bestimmung hat jetzt Reichspräsident Ebert den Reichstag zur Festsetzung der Wahltag alsbald beauftragt.

Der „Vorwärts“ wirft die Frage auf, ob die Wahl des Reichspräsidenten jetzt verfassungsmäßig möglich ist. Er erklärt:

„Die Verfassung bestimmt ausdrücklich, daß die Wahl des Reichspräsidenten vom ganzen Volk vorgenommen wird; es steht aber in diesem Augenblick noch nicht fest, welche Realität sich mit diesem Begriff verbindet, da die Grenzen des Reiches und damit der Volksgemeinschaft noch nicht feststehen. Die Bevölkerung der Abtrümmungsgebiete faun von der Wahl des Reichspräsidenten, die auf diesen Jahre erfolgt, nicht ausgeschlossen werden. Es wird daher faun zu vermeiden sein, die Wahl solange aufzuschieben, bis die Bestimmungen und endgültigen Grenzfestsetzungen erfolgt sind. Eine Ausnahme macht nur das Saarrevier, das erst nach 15 Jahre abtrümmungsberechtigt sein wird, in den nächsten 7 Jahren also vom Mitbestimmungsrecht an alle Fälle ausgeschlossen bleibt.“

Die kommunistische „Rote Fahne“ benutzt die Gelegenheit, um unter Schmähungen auf Ebert zu erklären, daß dieser sich keineswegs seine, vielmehr sich beziele, sich seinen Präsidentenamt durch das Plebiszit nach der Volkswahl bestätigen zu lassen.“

Die Entpolitisierung der Wirtschaft.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Reichswirtschaftsminister Scholz übernahm gestern sein Amt und ließ sich die Beamten und Angestellten des Ministeriums vorstellen. In seiner Einführungsrrede stellte er in den Vordergrund, daß die Zusammenarbeit innerhalb des Amtes von der Lösung: Vertrauen gegen Vertrauen getragen sein solle. Er kenne den Beamten und Angestellten gegenüber feierliche politische Voreingenommenheit und er habe alle, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, ein volles Vertrauen und um ihre Mitarbeit. So aufzufaßt, bedeute der Ruhe nach Entpolitisierung der Wirtschaft die Arbeit, die mit Eifer, Fleiß und Selbsterkenntnis an die Arbeit gehen wollen. Diese Entpolitisierung müsse auch im Wirtschaftsministerium zur Tat werden. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Busch ist zum Ministerialrat im Reichsfinanzministerium ernannt worden.

Die deutschen Vertreter für Spa.

Berlin, 30. Juni. (Die „Voss. Ztg.“) hebt hervor, daß die deutsche Delegation für Spa von einer Reihe namhafter Bankiers begleitet sein wird. Von der Hinzuziehung verantwortlicher und bevollmächtigter Vertreter der deutschen Produktion habe man noch nichts gehört.

Berlin, 30. Juni. Die Ernennung Lord Abernons zum britischen Völkshäupter in Berlin bildet, wie das „B. T.“ schreibt, eine Offenbar zwischen London und Paris vereinbarte Parallelektion zu der Ernennung des französischen Völkshäupters Laurent. Den beiden Vertretern solle gemeinsam die Durchführung der in Spa zu treffenden Vereinbarungen übertragen werden. „Reuter“ will wissen, daß die Ernennung Lord Abernons nur einen zeitweiligen Charakter habe und besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen liege, die eine hervorragende Rolle in Deutschlands internationaler Lage spielen.

Der französische Senatspräsident Bourgeois, der Vorsitzende des Rates des Rittersbundes, erklärte, der Rat des Rittersbundes sei davon überzeugt, daß die Verhandlungen zum Zweck der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung in der Welt nur zu einem Ziele führen könnten, wenn die Verpflichtungen Deutschlands und seiner Verbündeten und die finanzielle Lage der Mittelmächtigste klar geregelt werden.

Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

In Hamburg kam es im Laufe des Montags besonders in der Neustadt und in Uhlenhorst und schließlich auf St. Pauli zu großen Ausschreitungen. Die Butten- und Fettsäure-Handlungen wurden von der Menge gezwungen, ihre Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen auszuverkaufen. Eine Reihe Verhaftungen, hauptsächlich von Frauen, wurde vorgenommen, die beherrschten Leben hielten und zu Minderungen anforderten. Dadurch die Minderungen angeordnete Schäden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die Unruhen haben auch amtlichen Feststellungen fünf Todesopfer gezeichnet.

In Berlin kam es am Dienstag in der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz zu einem Versuch der Menge, die hohen Lebensmittelpreise auf gewalttätigem Wege herabzusetzen. Während der Überlieferung drang die Menge in die Halle ein, kürzte auf die Galerie und folgte mehrere Röhre mit Obst herunter. Die Ordnungspolizei verhinderte aber, daß geplündert wurde. Infolge der Proteste der Hausfrauen sind tatsächlich die Obstpreise in der Markthalle erheblich gesunken.

In Frankfurt a. M. veranstalteten die Generalfreiwirtschaftler Montag nachmittag am Rimer Berge eine Protest-Rundgebung gegen die hohen Lebensmittelpreise. Der Platz war von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge gefüllt. Es wurde ein Abbau der Preise gefordert und mit Selbsthilfe gedroht, falls von den hiesigen Behörden keine wirksamen Maßnahmen getroffen würden. Die Menge zog dann zum städtischen Lebensmittelamt und brach hier in Schmäherei aus gegen den Direktor. Einige Trugsagen werte noch dem Bahnhofspolizist, waren die Fensterstößen in dem Gefährt des „Viktoria“ ein und be drohten die sich anständig in dem Café aufhaltenden Söhne. Auch auf dem Eispalace verjagte die Menge in Gefährde einzudringen, doch ergriff sie sofort die Flucht, als ein Lastauto einige Abteilungen der Sicherheitswehr mit Wasserkanonen heranzuführte.

In Kassel kam es am Montag zu Tumulten. Als der dortige Bauernverband unter dem Vorhitz des hiesigen Staatsrats Westphal eine Petition abfassen wollte, erschien ein Demonstrationszug der Arbeiter, dessen Führer nach dem Bauernverband verlangte, daß seine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise unter keinen Umständen mehr erfolge. Man forderte, daß Staatsrat Westphal dies den Arbeitern persönlich versicherte. Als dies aber unterließ, führten die Arbeiter den Versammlungssaal und drängten die Bauern, mit denen es zu einem Handgemein kam, mit Gewalt aus dem Saal, so daß die reiche Personen verletzt wurden. Darauf wurde der Bürgermeister von den radikalen Arbeitern mißhandelt.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Bewegung der gewalttätigen Verabreichung der Preise geht immer weiter um sich. So erzwangen in verschiedenen Orten die Arbeiter eine Verabreichung der Obst- und Gemüsepreise um 50 bis 60 Proz. In Gera wurde auf Veranlassung der reichlichen Regierung ein Schiedsgericht aus drei Erwerbslosen gebildet. Kommission als Marktzug eingeleitet, die die Lebensmittelpreise festsetzte. Die Preise wurden fast durchweg um 50 Prozent ermäßigt. In Kassel tagte gestern mittag im Rathaus eine Konferenz wegen der Lebensmittelfrage. Unter deren Teilnehmern befinden sich der Oberbürgermeister, der Regierungspräsident, ein Vertreter des Oberbürgermeisters, die Gewerkschaften, Kommunalbehörden und Kreisvertreter. Die Ausrede ergab die Bildung eines Wirtschaftsausschusses, welcher sich verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Staatsregierung und den Staatsbehörden einen planmäßigen Ausbau der Lebensmittelpreise herbeizuführen, nützlichste unter Anwendung von Zwang. Auch in Bochum beschloß die Vereinigung heimischer weinwirtschaftlicher Stadt- und Landkreise die Festsetzung einheitlicher Höchstpreise für Frühobst und Frühgemüse.

Bochum, 30. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Arbeitnehmerorganisationen im heimisch-wirtschaftlichen Verbrauch haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Revision des Lebensmittelpreises beantragt. Verhandlungen darüber werden Ende dieser Woche stattfinden. Veranlassung zu dem Antrag der Arbeitgeberorganisationen haben die sich fortgeltend mehrenden Klagen der Arbeitgeber gegeben. Die Arbeiter führen klagen auf, daß die Lebensmittel in der bisherigen Weise zu verfahren, wenn nicht eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln eintritt. Eine Preisfestsetzungsverordnung der Reichsregierung im Essener Bezirk sprach sich sehr scharf gegen das weitere Verfahren von Lebensmittel aus. Von den Rebmen wurde angefordert, daß jeder Bergmann gebrandmarkt werden solle, der sich zu Lebensmittel bereit finde.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Reichstag ist ein Entwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingebracht. Grundbedingung des Entwurfes ist durch Zusammenfassung aller Arbeitsvermittlungsinstitutionen im Reich und Schaffung einer Zentralinstanz für Arbeitsvermittlung umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsvermittlung zu ergreifen.

Die Befoldungsreform.

Die demokratischen Abgeordneten, Schulz und Kosch haben im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt: Nach Verabschiedung des Reichsbeamtenbefoldungsgesetzes haben eine Reihe von Ändern, insbesondere Preisen, Befoldungsgelege zur Annahme gebracht, die selbstverständlich vom Reichsbefoldungsgesetz abwichen. Verschiedene Beamtenklassen sind in höhere Gruppen, als die gleich zu erachtenden Reichsbeamten eingereiht worden. Diese Maßnahmen, denen nach den Erklärungen der Reichsregierung in der Nationalversammlung vorgezogen werden sollte, haben in den Kreisen der Reichsbeamten herabgesetzte Unzufriedenheit hervorgerufen. Ist die Regierung bereit, irgend eine Änderung des Reichsbeamtenbefoldungsgesetzes vorzunehmen? Beabsichtigt die Regierung ferner eine anderweitige Regelung der Bezüge der außerplanmäßigen

Das Minister.

Das Minister.

Beamtinnen vorzunehmen, soweit sich unangenehme Dürren ereignen haben? Gebietet die Regierung endlich für die Reichs-eisenbahnbeamten eine ähnliche Personalreform durchzuführen, wie dies für die Beamten der Reichspostverwaltung bereits geschehen ist?

Das Treiben des Herrn Ropp.

Unter dieser Überschrift kreuzte die „T. A.“ u. a.: Das Treiben des Herrn Ropp (des russischen Angehörigen in Berlin) wird immer häufiger besprochen. In dem von Herrn Ropp in der Potsdamer Straße 75 unterhaltenen sogenannten „Kriegsgefangenenklub“ gehen täglich Gesänge aus und ein Herr Herr Ropp in Berlin weiß, macht sich unter den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland eine ziemlich große Bekantheit. In den Lagern bilden sich sogenannte geheime Sowjetkomitees, die im Verborgenen im Sinne des Herrn Ropp agitatorisch wirken und besonders beliebt sind, die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland gegen die verhasste Bourgeoisie aufzuwiegen.

Es würde bringen notwendig, daß die Regierung endlich einpreist, damit nicht eines Tages die noch in Deutschland befindlichen 200 000 Russen unter Führung des Herrn Ropp verfallen, mit den deutschen Bolschewiken gemeinsame Sache zu machen. Es muß äußerst bestrafen werden, wenn russische Gesänge in Deutschland frei erlauben, kommunisistische Umgänge mit roten Fahnen zu veranstalten, wie dies am 1. Mai in Lager zu Gardelegen und vor einigen Tagen im Lager Auedingburg der Fall war. Weider sind die Lagerbetriebe nachdrücklich, weil Ropp's Tätigkeit regierungswidrig ist.

Die unmögliche Kartoffelwirtschaft.

Der Reichsanwalt hat in seiner Programmrede am Montag eine besonnene Forderung der Zwangs-wirtschaft zugelegt. Er lehnt eine völlige Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigsten Nahrungsmittel ab und will nur einen planmäßigen Abbau vornehmen, der dem jeweiligen Stande der Produktion gerecht wird und auf den abweichenden Gebieten, wo die öffentliche Wirtschaft nicht mehr unbedingt erforderlich ist, dem freien Handel die Möglichkeit gibt, eine bessere Wirtschaft zu betreiben. Die Zwangs-wirtschaft ist mit diesem Standpunkt der grundsätzlichen Gegner der Zwangswirtschaft einverstanden erklären können, so muß doch betont werden, daß auf verschiedenen Gebieten eine Beschränkung dieses Abbau's dringend notwendig ist. Im Interesse gerade der minderbemittelten Bevölkerung wie auch der Produzenten muß man sich dagegen weiden, daß immer noch gewisse Bestrebungen an den zentralen Verwaltungsstellen sich übermäßig zeigen, die den Abbau der Zwangswirtschaft vom bürokratischen Gesichtspunkt aus betrachten und nach Kräften zu sabotieren versuchen. Wenn der Abbau dort, wo er notwendig ist, wenigstens nicht scheitert, sondern etwa nach Art einer Springprojektion mit zwei Schritten vorwärts und einem Schritt rückwärts vorgenommen wird, so müssen in unserm Ernährungsweisen unzulässige Zustände eintreten, wie sie z. B. gegenwärtig in der Kartoffelwirtschaft sich in unheimlicher Weise sichtbar machen. Anstatt die Kartoffelwirtschaft, die für den Abbau reif ist, nicht endlich gründlich abzubauen und die freie Wirtschaft wieder in ihr natürliches Recht einzusetzen, hat man zum Schutze der Preisverträge gegenseitig und schon jetzt, vor der Ausfall der Ernte und die Marktlage noch ganz unbekannt sind, einen Kartoffel-preis von 30 Mark für den Zentner festgelegt. Dieses ist bürokratische Vorgehen, das dazu geführt, daß die lippeischen Landwirte gegen den nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse viel zu hohen behördlich festgelegten Kartoffel-preis protestieren und eine Herabsetzung des Kartoffel-preis nach der neuen Ernte auf nur 12 Mark für den Zentner in einer Protestversammlung verlangt haben. Auch der Magistrat von Hannover hat die sofortige Herabsetzung der Kartoffel-preise auf mindestens die Hälfte gefordert, weil heute der Schlecht-handspreis der Kartoffeln niedriger ist als der Reichs-regierung festgesetzte. Das sind doch wirklich proteste Zustände, wenn die Landwirte gegen den zu

popen Preis der Kartoffeln Sturm zu laufen Veranlassung haben und wenn die wuchernden Schlecht-händler die Bevölkerung billiger und besser versorgen als die öffentliche Verwaltung. Wenn die behördliche Zwangswirtschaft es schon jemals gebracht hat, dann ist es doch wirklich Zeit, endlich etwas gründlicher in den Wirtschaftsunfähigkeiten zu schaffen und auszu-schließen. Die Nahrungsmittelpreise in den vertriebs-reichsten Städten und Gegenden zeigen deutlich den ganzen Ernst der Lage, die auf dem Gebiete des Ernährungs-wesens sich entwickelt hat. Da von Herrn Dr. Hermes, dem Organisator der Zwangswirtschaft während der Kriegszeit, nicht allzuviel zu erwarten ist, so wird Herr Frensdorf selbst den Befehl nehmen und in den Anstalten der Wirtschaftsstellen gründlich aus-treten müssen. Nur er es nicht bald, so wird die Unsicherheit der meisten Bevölkerungsglieder mit der fürchterlichen Hochhaltung unserer Nahrungsmittel-preise durch die sog. Ernährungs-behörden sich in bedauerlicher Weise immer weiter gewalttätig entfalten gegen jene bürokratisch versessenen Stellen, die heute in der deutschen Republik noch immer die Rolle von Versorgungs-gesellschaften zur Erhaltung der Hungersnot spielen.

Deutsches Reich.

Sicherung der Offizierspensionen.

Berlin, 29. Juni. Um zu vermeiden, daß bei den Massenerhebungen von Offizieren, deren Pensionen mangels von Unterlagen bis zum Fälligkeitstermin noch nicht haben festgestellt werden können, die ihnen zuzehörenden Gehälter nicht rechtzeitig erhalten, hat das Heeres-abrechnungsamt Vorschlag gemacht, daß diesen Offizieren auf Antrag ein Vorläuf von ihrer letzten Abrechnungs-zeit für die Höhe von vier bis fünf Prozent ihres Dienst-einkommens bezahlt wird.

Der Vorstoß in den Reichstagsauschüssen.

Berlin, 29. Juni. Der Reichstagsrat des Reichstages bestimmte heute, daß den Vorstoß des ersten Ausschusses (Reichshausrat) und des fünften Ausschusses (Volkswirtschaft) die Unabhängigkeit des sechsten Ausschusses (Sozialen) das Zentrum, des sechsten Ausschusses (Unternehmens-ausschuss) die Demokraten, des achten Ausschusses (Aus-wärtigen Angelegenheiten) die deutsche Volkspartei und des zehnten Ausschusses (Ausführungen des Friedensvertrages) die bayerische Volkspartei haben soll.

Die Eisenbahnbeschränkung nach West- und Ostpreußen fächeraktuell.

Danzig, 30. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Mit der polnischen Eisenbahndirektion ist eine Vereinbarung getroffen worden, die die Hin- und Rückförderung der Abfuhrungsberechtigten nach West- und Ostpreußen sicherstellt. Danach verkehren in der Zeit von 2 bis 9 Uhr und von 13 bis 21 Uhr täglich sieben Sonderpersonenzüge. Die Reisenden dürfen die Züge während der Fahrt nicht verlassen. Fahr- und Zoll-reisungen werden nicht vorgenommen.

Die „Königliche Volkszeitung“ ist, wie der Verlag um-mittelt, auf eine breitere Grundlage gestellt worden.

Es wurde eine „Königliche Volkszeitung“ G. m. b. H. gegründet, deren Träger folgende sind: 1. Fritz Bollig, Landesökonomrat und Stadtratsmitglied in Köln, 2. Fritz Heinrich Maus, Stadtratsmitglied in Köln, 3. August Sugo Mannig, Stadtratsmitglied in Köln, 4. zweiter Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei und Vorsitzender der Zentrumsfractions des Kölner Stadtratskollegiums. Als Geschäftsführer dieser G. m. b. H. wurden be-stellt: August Mannig und Verleger Robert Rademacher in Köln. In dem Gründungsvertrag ist ausdrücklich festgelegt, daß die „Königliche Volkszeitung“ ihren bisherigen Charakter als katolisches Blatt und als Zentrumblatt behält.

Ausland.

Eine internationale Handelsmesse.

Paris, 29. Juni. Gekannt ist die internationale Handels-messe in Paris, die im Herbst 1920 abgehalten werden soll.

nale Handelskongress geschlossen worden, an dem Vertreter von Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien teilgenommen hatten.

Lord George und die Kaiserlichkeitsfeierlichkeiten.

London, 28. Juni. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Frage bezüglich der Weigerung Hollands, den vor-maligen Kaiser auszuschießen, sagt Lord George, „die Aus-schießung des ehemaligen Kaisers ist weiteres Blutvergießen nicht wert“.

Jan Seiberters der englisch-russischen Verhandlungen.

Der „Temps“ meldet aus London: Der russische Handelskommissar Kravitsch reist voraussichtlich nächste Woche von London ab. Lord George hat die letzte Unterredung mit ihm am Freitag abgebrochen, nachdem Kravitsch seine Reise nach Tiflis bekannt gemacht worden war, wo er die Bildung von Arbeiterräten nach russi-schem Vorbild eingeleitet hatte.

Generalkrieg in Rom.

Rom, 29. Juni. (Agenzia Stefani.) In der Nacht gegen 11 Uhr wurde in Rom ein Generalkrieg aus-gebrochen. Am Dienstag morgen wurde proklamiert. Die Straßenbahnen verkehren nicht, die Straßen fahren noch, die meisten Läden sind geschlossen. Auf dem Bahnhof herrscht vollständige Ruhe. Alle Züge sind fahrunfähig abge-gangen und kommen mit Ausnahme derjenigen aus An-cona an.

Verkauf ungarischer Eisenbahnen an ein französisches Konjunktium.

Erfen, 29. Juni. (Eigene Meldung.) Wie der Korrespondent der „Reichs-Beobachter“ berichtet, ist der Verkauf der ungarischen Eisenbahnen an ein französisches Konjunktium vollkommen. Dem Konjunktium gehören Industrielle, Finanzmänner und Politiker an, darunter Schneider-Creuzot, Credit foncier und Serr Louchere, sowie der Direktor im auswärtigen Amt Paleologue. Von anderer Seite, von der dem Korrespondenten diese Nachricht bestätigt wurde, wird auch der Name Verbelet genannt, doch kann bezüglich des letzteren etwas ganz bestimmtes nicht festgestellt werden. Die ungarische Regierung verlor fast dem Verkauf weniger finan-zielle als politische Vorteile, indem es ihr dann infolge des Einflusses der französischen Gruppe gelingen wird, mit Jugoslawen, Rumänen und der Tschecho-Slowakei Generalverträge abzuschließen, wenn es nicht sogar möglich sein wird, in den Grenzen der neuen Staaten, welche aus dem einstigen Ungarn hervorgehen, für Ungarn überhaupt volle Zollfreiheit durchzusetzen. Die ungarische Regierung glaubt, daß wenn schon die politi-sche Einigung Ungarns schwierig wäre, durch dieses Eisenbahnabkommen es Ungarn ermöglicht werde, die ökonomische Einheit einigermaßen aufrechtzuerhalten. Die ungarische Regierung ist jedoch natürlich dem französischen Konjunktium entgegen, denn das ganze Aktienkapital für diese Eisenbahnen, sondern etwa 85 bis 90 Prozent während die Mehrheit weiter in ungarischen Händen verbleibt.

Rumänien mobilisiert.

Die Agence Havas meldet aus Bukarest, daß die rumänische Regierung die Mobilisierung ange-orde-net habe. Alle rumänischen Wehrpflichtigen im Aus-land würden zu den Waffen gerufen. Die Mobilisierung der rumänischen Armee dürfte veranlaßt sein durch die Räumung Dikalitzens durch die Polen. Neue Teile der rumänischen Nordarmee er-scheinen durch das Vordringen der Roten Armee auf das einstmalige österreichische Gebiet genügend bedroht, um die Mobilisierung zu rechtfertigen.

Der Zustand in Ancona.

Mailand, 29. Juni. Laut „Corriere della Sera“ ist der Zustand in Ancona ein Teil eines weiterverbreiteten Kom-plexes gegen die staatliche Ordnung und un-fähig zum Anarchismus in Ancona vertritt ausgelöst worden. Verschiedene Truppenteile seien durch Gerüchte von der bevorstehenden Expedition nach Albanien und Ungarn be-

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Donnerstag, den 1. Juli. Inhalt: Wozschatz, Roman von Jehor von Jodelitz. — Das Rab. Von Richard Kieß. — Das beste Mittel der Frau. — Rente Zeitung. — Literar.

Der Himmel im Juli.

Nach hat sich, gegenüber ihrem höchsten Stande zur Mit-tagszeit, die scheinbare Position der Sonne am Himmel wieder merklich verändert. Ihre scheinbare Höhe über dem Meeresspiegel beträgt am 1. des Monats noch 23 Grad 10 Min.; aber sie wird am 31. Juli bis auf 18 Grad 28 Min. abge-nommen haben, so daß die Mittagshöhe des Tagesgestirns, berechnet für das mittlere Norddeutsche Land, im Laufe der nächsten vier Wochen immerhin um 4 1/2 Grad auf 56 Grad abnimmt. Auch die Zeiten des Sonnenauf- und Unterganges ver-schieben sich nach und nach im Sinne einer längeren Dauer der Nacht, und während die Sonne am 1. des Monats um 3 Uhr 49 Minuten früh erscheint, geht sie am Monats-ende erst um 4 Uhr 24 Minuten vormittags auf, während sich in der gleichen Zeit der Sonnenuntergang von 8 Uhr 30 auf 7 Uhr 39 Minuten abändert, berechnet für die geo-graphische Lage von Berlin, veranschlagt.

Anfang Juli befindet sich die Sonne in Erdferne und zwar in einer Entfernung von 152 030 000 Kilometer. Für die Erwärmmung spielt die größere oder geringere Annäherung der Erde an die Sonne freilich keine nennenswerte Rolle; die Unterschiede sind zu gering, da die Ellipse, in der die Erde die Sonne umwandert, von einer Kreisbahn nicht weit entfernt ist. Auch die Zeit der hellen Nächte geht all-mählich ihrem Ende entgegen; im mittleren Norddeutsche-land tritt während der letzten Julinacht am Winternacht-winter die hellste Nacht ein.

Der Mond steht Anfang Juli in seinem vollen Stande; denn am den ersten Monats-tag fällt diesmal der Vollmond. Am 2. setzt der Erdboden der Erde sein letztes Viertel, am 15. ihr Neumond, und am 20. steht der Mond wieder im ersten Viertel, um am 30. des Monats aus zum zweiten Male in diesem Zeitabschnitte seine vollbeleuchtete Oberfläche darzubieten.

Für die Beobachtung des Fixsternhimmels wird die Zeit um die Monatsmitte am günstigsten sein, wenn das Mondlicht nicht dort, und wenn die helle Dämmerung der Sommerdämmerung bereits im Rückgang ist, immerhin tritt

die Dunkelheit am Abend noch so spät ein, daß es erst in der ersten Abendstunde möglich sein wird, auch die schwächeren Fixsterne mit bloßem Auge wahrzunehmen. Aber bei der lichte Dämmerungsbogen am Nordwesthimmel der Dunkelheit gewichen ist, sind die beiden Sternbild der Zwillinge und des Krebses bereits bis an den Horizont ge-rückt und nicht mehr wahrzunehmen. Weit im Westen steht auch schon der Große Bär mit dem hellen Regulus; die im Bunde des Tierkreis ist folgende Jungfrau steht abends gleichfalls schon im Südwesten. Dann folgt tief im Süden die Waage, bemerkenswert deshalb, weil sie mit ferneren der Schlangene eine dachziegelartige Form bildet. Im Winternacht-leuchtet tief im Süden, in der Breite, in der sich um die Winternachtzeit die Sonne am Südhimmel befindet, ein auf-fälliger roter, heller Stern erster Größe; Angares, der Haupt-sterne im Wilde des Skorpion. Auf diesen folgen in der Tierkreisbahn nach Osten der Schiffe, ein wenig auffälliges Sternbild ohne hellere Objekte, was auch für den südwestlich aufstehenden Sternbild gilt. Im Skorpion und Schützen beginnt, von Süden in der Richtung nach Nordosten auf-zugehen, der sommerliche Teil der Milchstraße; sie erstreckt sich in zwei getrennten Bändern durch den Diphidus und durch den Adler nordwärts über den Aquator hinaus in der Richtung nach dem Stern, dem Schwan und der Wassermann, wobei sie gleichzeitig eine Reihe kleinerer, zum Teil charakteristischer Sternbilder, wie den Sobieski'schen Schild, den Delphin, den Fels und den nur aus ganz schwachen Sternen zusammengefügten, im Süden den Schwan begrenzenden Fisch durchzieht. Der hells Hauptstern im Adler, der mit zwei weitläufige Lichtschwächen, im benachbarten Objekten eine große Linie, ähnlich dem Gürtel des Orion, bildet, ist Alair. Der vor zwei Jahren zu Anfang Juni im Wilde des Adlers plötzlich aufgeleucht neue helle Stern erster Größe ist langst nur noch im Fernrohr wahrzunehmen; eine Verengung seiner Parallaxe ist bisher nicht erfolgt, so daß wir noch nicht wissen, in welcher Entfernung die Rosette der Milchstraße vor sich gegangen ist, die uns im Sommer 1918 durch das Aufsteigen der Nova aquilonis offenbar geworden ist. Im Wilde der Fische leuchtet mit weissen Glanze Vega, die mit Alair und Deneb, dem Hauptstern des Schwanen, ein großes gleichzeitiges Dreieck bildet. In der Nähe von Deneb vereinigt sich auch das zweigeteilte Band der Milchstraße wieder zu einem einheitlichen, breiten Lichtstreifen. Wäh-rend die Fische mit der Vega jetzt fast im Zenit stehen,

beinhaltet sich das größte und auffälligste Sternbild der Sommerzeit, der Bootes, schon merklich nach Meridian. Sein gelb-roter Hauptstern Arcturus bleibt bis zum Beginn der Tageshelle im Westen, erkennbar. Ähnlich oben, also in der Richtung nach Osten schließt sich an Bootes die nördliche Korne an, ein halbkreisförmiges Bild, dessen hellster Stern Gemma ist. Die nächsten Sterne ähnlich zum Krone und Bootes gehören der Schlang, hauptsächlich aber dem aus-gedehnten Serpens an, der das ganze Gebiet östlich bis zum Polar und südlich bis zum Diphidus einnimmt. In dieser Himmelsgegend finden sich wieder besonders helle noch in charakteristischer Form stehende Objekte. Verhüllt ist aber der Sternhaufen im Serpens, der sich im Fernrohr zu einem ungeheuren Gevüll leuchtender Sonnen von unendlicher Entfernung auflöst. Unter den der Pol umgebenden Sternen sind die des Großen Bären schon weit nach Nordwesten ge-rückt; beinahe im Meridian steht der kleine Vier, den der Polarstern als helles Objekt angeht. Um ihn dreht sich scheinbar im Laufe des Jahres das gesamte Himmelsgebilde; er ist der ruhende Pol in der fernerehenden Nacht, aber er wird nicht ewig die Stelle des Himmelspols bezeichnen; denn in Wahrheit wandert dieser innerhalb eines Jahres in einem Zeitraum von etwa 24 000 Jahren, und nach etwa 12 000 Jahren wird Vega die Stelle des Polarsterns zu spielen bestimmt sein. Die Polardrehung des Dreiecks schlan-gelt sich zwischen den beiden Bärenbildern, um der Pol und von dort zum Cepheus und Serpens. Das römische W der Kassiopeja läuft dem Zenit entgegen, und von Nord-osten steigen im Laufe der Nacht Andromeda und Pegasus wieder höher empor. Südlich von Pegasus steht der Wasser-mann, der aber fast völlig südlich vom Äquator steht, er schließt sich an den Sternbild an, kann also einstudieren, bei der Fülle der Nacht noch nicht wahrgenommen werden, und nur ein kleiner Teil dieses ausgedehnten Sternbildes, das unmittelbar an dem Adler im Osten angrenzt, tritt vor dem Aufbruch der Tageshelle fest schon am Diphidus hervor, ohne bemerkenswerten Sterne zu zeigen.

Nach der glänzenden Stellung, die sich mehrere Monate hindurch die meisten Planeten befunden haben, wird die Beobachtung der Geschwisterne unferer Erde jetzt wieder schwierig; denn wie sie eine Zeitlang gemeinsam am Nord-himmel gestanden haben, so gelangen sie nun auch ständlich wieder hintereinander in die, sie überfliegenden Sommer-nächte, baldig nachher sind im Südwesten am Abend